

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstankalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4 gesp. Zeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ihre Bedeutung u. ihre besonderen Schwierigkeiten. *)

Der Vortredner hat ein Bild über Stand und Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen in den niederrheinischen Bezirken vor uns ausgearbeitet. Wir ersehen daraus, daß manches erreicht worden, das meiste aber noch zu tun verbleibt. Man wirft uns öfter vor, wir hätten im Westen viel zu spät mit der Arbeiterbewegung eingeseht. Das mag vereinzelt der Fall sein. Im allgemeinen aber muß festgehalten werden: Erst mußte sich Industrie und Lohnarbeit, die natürlichen Voraussetzungen jeglicher Arbeiterbewegung ausgewachsen haben, bis eine Bewegung einsetzen konnte. Und der Westen Deutschlands ist viel später in diese Entwicklung eingetreten, wie jene Gewerbestädte Deutschlands, die im Laufe der Jahrzehnte Hochburgen der Sozialdemokratie geworden sind. Erst mit dem allgemeinen Industrieaufschwung in unseren rheinisch-westfälischen Gebietsteilen begann jener soziale Umschichtungsprozess, der die Zahl der Lohnarbeiter in raschem Tempo anwachsen ließ und aus den weiten Provinzen Mittel- und Westfalen die industriereichsten und dicht bevölkerteren der preussischen Monarchie werden ließ. Erst zu diesem Zeitpunkt begann in Stadt und Land jener Umwandlungsprozess in Kopf und Herz der Beteiligten, den wir heute noch vor sich sehen, verhängnisvoll für diejenigen, die nicht vorbereitet, keinem erzieherischen Einfluß unterliegen, verhängnisvoll für Staat und Gesellschaft.

Welche Rolle fällt der Arbeiterbewegung in dem Sinne wie wir sie verstehen, in diesem Umwandlungsprozess innerhalb unserer Bevölkerung zu? Ist sie Träger von Ideen, die eine gesunde Entwicklung unseres Kulturlebens vorbereiten und auf die Dauer gewährleisten, oder nicht? Obschon wir eine vierzigjährige Geschichte hinter uns haben und die christlich-nationale Arbeiterschaft längst ins zweite Jahrzehnt einer grundtätigen, klaren und umfassenden Arbeit eingetreten, fehlt es doch heute noch an Stimmen nicht, welche die Frage nach der politischen Kulturleistung der Arbeiterbewegung glatt verneinen. Vertreter der Industrie, der Regierung und Verwaltung, des Mittelstandes, gebildet, öfters solche, die dem Arbeiter das Recht auf Besserung seiner Lage an sich zugestehen, sehen nur Schatten und kein Licht. Für sie ist die Arbeiterbewegung immer noch der organisierte „Reiß der Besessenen“, die „Rebellen der Hände gegen die Köpfe“, „Zerstörer der Autorität“, im wirtschaftlichen und staatlichen Leben. Diese Anschauungen mühen uns an wie Ruinen aus vergangener Zeit.

Es kann doch keinem Zweifel obliegen, daß das Ständesgefühl und die Ständeslosigkeit, wie sie in unseren Arbeiterorganisationen zum Ausdruck kommen, das natürliche Produkt unserer Industrieentwicklung sind. Die Massen werden in den Betrieben zusammengehäuft, arbeiten und leben zusammen unter ungefähr gleichen Bedingungen, was liegt näher, als daß sie sich mit einander

verbunden fühlen, einheitliche Interessen erkennen und versuchen, sie gemeinsam wahrzunehmen! In diesen natürlichen Ständesempfindungen stecken bei gesunder Auffassung und Pflege sittliche Werte. Sie sind ein Gegengewicht zu dem dumpfen Sichgehenlassen und Sichselbstaufgeben, zu jenem geistigen, sittlichen und körperlichen Niederbruch, wie wir ihn in den ersten Jahrzehnten des Industriealters innerhalb der Arbeiterbevölkerung vor sich gehen sahen, ein Vorgang, den wir sich wiederholen sehen in ländlichen Gegenden, die gewissermaßen über Nacht, ohne innere Vorbereitung und Ueberleitung Industrieorte geworden und wo keine Arbeiterbewegung erzieherisch auf die Lohnarbeiterschaft einwirken konnte.

Nun sind ja unsere Arbeiterorganisationen nicht bloß ein natürliches Produkt von Ständesempfindungen, sie sind und waren von Anfang eine wirtschaftliche Notwendigkeit, ein Ausfluß aus dem Recht des Arbeitsvertrages. Der neuzeitliche Gesetzgeber hat die Arbeitsbedingungen zum Gegenstand freier Vereinbarungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber gemacht. Beide Teile sollen sich darüber miteinander verständigen. Nun ist es wahr: Beide sind aufeinander angewiesen; der Arbeitgeber braucht Arbeitskräfte, die Lohnarbeiter müssen Arbeit haben, denn das ist ihr Brot. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber doch, daß ungleiche wirtschaftliche Kräfte einander gegenüberstehen. Der Arbeitgeber ist als Besitzer von Kapital und Produktionsmitteln in den meisten Fällen dem Arbeiter überlegen. Den Ausgleich im Kräfteverhältnis der beiden herzustellen, ist der Grundgedanke der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen. Keine geringere Instanz als das preussische Ministerium hat dieser Sachlage klar und bestimmt Ausdruck verliehen, in der Begründung nämlich zu dem Gesetzesentwurf betr. Abschaffung der Koalitionsverbote (1886).

„Koalitionsverbote, so heißt es in diesen Motiven, „sind gegen Arbeitgeber ohne Bedeutung. Jeder industrielle Unternehmer bildet für sich seinen Arbeitern gegenüber die planmäßigste, konzentrierteste und stetigste Union. Er bedarf der Koalition nicht; schreitet er dazu, so kann die Verabredung sich auf wenige Teilnehmer beschränken und vermöge dieses Umstandes und mit Hilfe der Mittel, welche die größere Umsicht und das größere Vermögen gewähren, in der Stille eingeleitet und durchgeführt werden, ohne daß sie nachweisbar wird. Den Preis der Arbeit bestimme die Menge des Kapitals, welches Arbeit zu kaufen bereit ist im Verhältnis zu der Menge derjenigen, welche Arbeit verkaufen (Arbeiter). In diesem Sinne ist es von Wert, daß die Arbeiter in der Vereinigung die Kraft suchen können, welche dem einzelnen abgeht, durch die Androhung gemeinschaftlicher Arbeitseinstellung ein richtigeres Verhältnis in der Bemessung des Lohnes zum Unternehmerrginn herbeizuführen.“

Die Einwirkung auf die Arbeitslöhne ist jedoch ebensowenig das einzig mögliche Ziel der Koalitionen, wie die Höhe derselben das Wohl und Wehe der Arbeiter allein bedingt. Die Koalition kann auch andere, an sich nicht verwerfliche Zwecke haben, wie die Verbesserung gesundheitschädlicher Einwirkungen in Fabriken, die Aenderung von

Fabrikordnungen, welche den Arbeitern nachteilige Bestimmungen enthalten usw. Wo im Wege polizeilicher Vermittelung eine Abhilfe solcher Mängel nicht zu schaffen oder von der Einsicht der Unternehmer nicht zu erreichen ist, wird die Koalition das äußerste an sich nicht verwerfliche Mittel sein, um zu der gewünschten Abhilfe zu gelangen.“

Diese Gründe, die das preussische Ministerium hier zugunsten gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen anführt, sind längst nicht alle. Und was hier von den Aufgaben solcher Organisationen gesagt ist, ist nicht erschöpfend. Sie können mehr sein und sind es auch. Aber das eine leuchtet klar und deutlich aus dieser Regierungserklärung hervor, das Zugeständnis nämlich, daß gewerkschaftliche Organisationen in der Natur der Verhältnisse begründete und absolut notwendige wirtschaftliche Interessensvertretungen sind und darüber hinaus eine Triebkraft des sozialen Fortschritts nicht bloß für die Arbeiterschaft, sondern für das gesamte Gewerbe. Wohl denken die Arbeiter zunächst an ihre eigene Besserstellung in Lohnneinkommen und den sonstigen Arbeitsbedingungen, aber in diesem Drängen üben sie einen Zwang aus in der Richtung einer besseren Organisation des Unternehmers (Betriebs- und Arbeiterorganisation) werden die Pioniere des technischen Fortschritts. Sie unterstellen sich selbst einem Zwang, dem nämlich, größere Leistungsfähigkeit zu entwickeln, denn höheres Lohnneinkommen und Verkürzung der Arbeitszeit haben auch höhere Leistungsfähigkeit des Arbeiters zur Voraussetzung. Schließlich kommt das bessere Lohnneinkommen der Arbeitermassen in Form gesteigerter Konsumkraft auch wieder dem Gewerbe und der Industrie zu statten. Und fördern die Arbeiterorganisationen nicht dadurch, daß sie die Lage der Arbeiter in den verschiedensten Berufen besser und sicherer gestalten, Berufsfreude und Arbeitsfreude, ohne die es keinen Fortschritt gibt? Endlich bedurfte es der Arbeiterorganisation, um den Bemühungen der Arbeitgeber um die Befundung des Gewerbes Erfolg zu verleihen und zu sichern. Es ist nicht möglich, eine gesunde Preispolitik durchzuhalten, den gewerblichen Boden zu säubern von der Sumpfpflanze ruinöser Schmutzkonkurrenz, es sei denn, die Berufsorganisation der Arbeiter leihet dem solidarischen Vorgehen der Arbeitgeber kräftige Stütze. Es ist eine mühsige Arbeit, zu behaupten, daß ohne die Arbeiterorganisationen, ganz von selbst all das gekommen wäre, was wir heute an Besserung gegenüber früheren Zuständen empfinden. Arbeitervertretung, Arbeiterschutz, Lohnsteigerung usw. Den Optimismus teilen wir nicht. Wir sind zwar auch nicht der Meinung, daß alle sozialen Fortschritte etwa der Kritik, dem Drängen und Treiben der Arbeiterbewegung zu verdanken seien. Nein, das nicht, aber ein gewichtiger Faktor in dieser Entwicklung war sie und wird es bleiben. Ein Gewissensmahner für die Gutgearteten, ein quälender Reiter für die, die üblen Sinnes sind und die von ihrem Eigentum und ihren sonstigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reichtümern jenen unbefchränkten Gebrauch machen wollen, der sich mit dem Wohl und Wehe der Allgemeinheit nicht verträgt.

*) Vortrag des Kollegen Josef in einer Tagungskongress in Boch.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 30. Freitag pro 1912 fällig.

Der Zeitungsänderung liegt die **Berichtsfarte** f. d. **Kollekt. Nat. Amt** bei, die bis 4. Oktober einzuliefern ist.

Gleichzeitig gehen den Zahlstellen **Abrechnungsfornulare** und **Zahlkarten** zu.

In Briefen haben unsere Kollegen wegen Lohn-differenzen die Kündigung eingereicht.

Zwang ist strengstens fernzuhalten.

Der Zentralvorstand:
J. A. A. Hornbach.

Teuere Fleischpreise.

Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel sind in den letzten Jahren andauernd gestiegen. Gegenwärtig haben die Fleischpreise wiederum eine Höhe erreicht, die für manchen Arbeiterhaushalt geradezu unerträglich ist. Kein Wunder, daß sich daher in den letzten Wochen auch die christlich-nationale Arbeiterschaft eifrig mit der Frage der Lebensmittelversorgung befaßt und in Versammlungen dazu Stellung nimmt.

Die Ursachen der ungeheuren Preissteigerung, so heißt es in einer Entschließung, die von einer Versammlung in Köln gefaßt wurde, sind mannigfacher Art. Sie sind teils natürlich aus verteuerten Produktionsbedingungen zu erklären, teils finden sie ihre Ursache in der Regellosigkeit des Vieh- und Fleischhandels, wiederum zu einem Teil in den Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung, wie sie sich im Konsum der städt., namentlich großstädtischen Bevölkerung herausgebildet haben.

Der ungesunden Preisbewegung kann mit Maßnahmen vorübergehender Art nicht mehr abgeholfen werden. Je tiefer man den Zusammenhängen bei der Fleischproduktion, der Preisbildung und der Warenvermittlung nachgeht, um so klarer stellt sich heraus, daß die Fleischversorgung unserer städtischen, namentlich der industriellen Bevölkerung, sich zu einem außerordentlich ernstlichen Problem herausgebildet hat. Es ist nicht zuletzt der parteipolitischen Ausnutzung der Feuerungserscheinungen zuzuschreiben, insbesondere der leidenschaftlichen Hetze, die die sozialdemokratische Partei jedesmal damit verbunden hat, daß man im Lande brauchen wie in den Parlamenten es an der rein sachlichen Behandlung dieser ernstlichen Frage hat fehlen lassen.

Andererseits muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Regierung, trotz der bereits im vergangenen Jahre vorausgesetzten und jetzt zur Wirklichkeit gewordenen Fleischsteuerung, nichts getan hat, um entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen. Wollen wir auf die Dauer zu einer befriedigenden Lösung der Frage der Fleischversorgung gelangen, so müssen **durchgreifende Maßnahmen** ergriffen werden.

Nach wie vor ist der Hauptnachdruck auf die Förderung der Inlandsproduktion zu legen. Deutschland deckt heute in normalen Zeiten seinen Konsum bis zu 95 Prozent aus der einheimischen Vieh- und Fleischproduktion. Es ist für den Kenner der Verhältnisse keine Frage, daß die an sich glänzende Entwicklung der einheimischen Produktion noch weiter gesteigert werden

lann. Der notwendige Schutz vor der Auslandskonkurrenz ist so viel wie möglich hochzuhalten, andererseits eine Verbilligung der inländischen Produktion durch zeitweilige oder völlige Abschaffung der Zölle auf Ackergetreide (Gerste und Weizen) anzustreben.

So lange das Inland noch nicht in der Lage ist, den einheimischen Fleischbedarf völlig zu decken, und in dem Maße, als durch Verteuerung der einheimischen Produktion eine Verbilligung des deutschen Qualitätsfleisches nicht erwartet werden kann, muß Sorge getragen werden für ausreichende Zufuhr von Vieh und Fleisch aus dem Ausland. Hier kommt zunächst die Einfuhr des argentinischen Geflügelfleisches in Frage. Diese Einfuhr läßt sich, ohne das Fleischbeschaugesetz in seinen wesentlichen Zielen des Gesundheitsschutzes zu durchbrechen, sehr wohl bewerkstelligen, und zwar dadurch, daß die fremdländische Einfuhr schon an den Verpackungs- oder Verlobestellen über See deutscher Kontrolle unterworfen wird.

Als weitere Maßnahme käme die kontingentierte Vieheinfuhr an der Westgrenze in Frage. Es ist nicht einzusehen, warum gerade die westliche Grenze des Reiches bei ihrer dichten Bevölkerung und weit ausgedehnten Industrie anders behandelt werden soll, wie die östliche und südliche.

Steigerung der Inlandsproduktion und erleichterte Auslandszufuhr bedürfen ergänzender Maßnahmen in einer durchgreifenden Neuordnung des Handelsverkehrs mit Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelrohstoffen im Inland.

Gerne muß eine **bessere Organisation der Lebensmittelversorgung** in den Großstädten und Industriezentren angestrebt werden. Seitens der verbündeten Regierungen ist eine Sachverständigenkommission zu berufen, zu der auch die Fraktionen des Reichstages Vertreter zu entsenden haben. Die Kommission hätte insbesondere die außerordentlichen Feuerungserscheinungen der letzten Jahre zu untersuchen und geeignete Vorschläge zur künftigen Lebensmittelversorgung auszuarbeiten.

Seitens der einzelnen Kommunen sind Lebensmittelämter zu schaffen, die die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel zu verfolgen und durch geeignete statistische Veröffentlichungen den unbegründeten und ungerechtfertigten Preistreibern entgegenzuwirken haben.

Produzenten und Konsumenten sind dadurch einander näher zu bringen, daß die **großstädtischen Kommunen** usw. an der Viehbeschaffung durch geeignete Maßnahmen (Errichtung von Viehzuchtbetrieben (Schweinemastbetriebe) und Inverbindungen mit Viehzucht- und Viehvertriebsgenossenschaften) an der Preisfestlegung sich ein Mitbestimmungsrecht verschaffen.

Seitens der sozialen Organisationen und der Kommunen sind zur Beschaffung und zum Verbrauch von Fleischartikeln (Geese usw.) geeignete Maßnahmen (Errichtung von Fischmärkten, Belehrung der Frauen der minderbemittelten Volksklassen über die Zubereitung der verschiedenen Fischarten usw.) in Angriff zu nehmen.

Zum Nachru der Stadt Köln muß gesagt werden, daß sie sofort gefaßtlos aber fest zugegriffen hat, um dem Notstand soweit wie möglich zu steuern. Sie hat

unter anderem große Mengen Vieh im Ausland zu mäßigen Preisen angekauft. Das Fleisch wird in Köln an die Metzger zu einem bestimmten Preise abgegeben und von diesen wiederum zu festgesetzten Preisen an das Publikum verkauft.

Wichtige Aufgaben bei der Lebensmittelversorgung werden in Zukunft auch die Konsumvereine zu erfüllen haben. Wenn sie stark genug sind, werden sie zweifellos dem Zwischenhandel, falls er die Preise in ungerechtfertigter Weise in die Höhe treibt, auf die Finger klopfen können.

Wenden wir darum aus der jetzigen Fleischsteuerung auch die Lehre, die

Konsumvereinsbewegung

zu harten. Und zwar müssen wir die Bewegung stärken, welche auf unserer Seite steht. Wir haben ein großes Interesse daran, daß uns von preistreibenden Händlern nicht wieder das genommen wird, was wir uns durch unsere Gewerkschaftsbewegung mühsam errungen haben und tagtäglich erringen müssen.

Unser Jahresbericht und die Buchhändlerzeitung.

II.

Daß der Uberschuß der Verbandskasse im Berichtsjahr nicht sonderlich groß war, wissen unsere Mitglieder. Ebenfalls, daß uns die Verwaltung mehr kostet, weil das Gebiet so groß ist, das unser Verband bedeckt, weil viele Fortos und andere besondere Auslagen notwendig sind, um mit den verschiedenen kleineren Gruppen in Verbindung zu bleiben, weiß nur ein paar Zehntel der großen Masse der Mitglieder des Buchhändlerverbandes in einigen großen Städten des Buchhändlerverbandes ist und ganz naturgemäß billiger zusammengepackt werden kann. Können etwa die nicht ganz 8000 Mitglieder der Gau 2-11 mit den gleichen Kosten verwaltet werden, wie der Gau 1 mit ebenfalls 8000 Mitgliedern? Es wäre geradezu ein Verwunderliches, wenn das irgend eine Verbandsleitung fertig brächte. Es geht aber nicht — und es ist ganz selbstverständlich, daß es nicht geht. Diese Tatsache im Auge behaltend, muß man erkennen, wie unfinnig der Vorwurf ist, den die V.-Stg. gegen uns schleudert, indem sie behauptet, wir wollten die Verbandskasse des christlichen Verbandes verpulvern die Verbandsleiter leichtsinnig, lassen sich selbst recht gut ergeben und machen daher die Verwaltung teuer. Diese Auspflücht, die auch in Trugschlüssen des V.-Stg. schon gemacht wurde, ist sehr ungerecht und verwerflich. Wir fragen nur das zu unserer Verteidigung, daß die Angehörigen unseres Verbandes nicht mehr Gehalt beziehen, als der jüngste Lokalbeamte des Buchhändlerverbandes. Wir sind darum nicht unzufrieden, noch viel weniger soll unter unseren Mitgliedern durch diese offene Darlegung des Sachverhaltes die Meinung gewekt werden, als wollten wir demnach in irgend einer Form „Lohnbewegung“ spielen. Da würde schon eher das Gegenteil eintreffen. Es ist aber charakteristisch für den großstädtischen V.-Stg., daß er mit solchen elenden Verdächtigungen der führenden Kollegen die Mitglieder unseres Verbandes topfsteu machen will.

Wir lassen nun einige Gegenüberstellungen folgen, die in erster Linie für unsere Mitglieder sehr lehrreich sind, aber auch für die Gegner des Studiums wert.

Im Jahre 1911 haben veranschlagt (an Unterstützungen):

Friedrich Wilhelm Förster über den Verkehr der Unternehmer mit den Arbeitern.

Es mag anmaßend erscheinen, daß ein Akademiker in folgendem den Versuch macht, Männern der Praxis Vorschläge für ihren Verkehr mit der Arbeiterschaft zu machen. Ich habe darauf zu antworten, daß es eben leider den meisten Unternehmern, ja selbst den Ingenieuren an Geistesfreiheit fehlt, den modernen Arbeiter als Menschen psychologisch näher kennen zu lernen. Daraus entstehen viele folgenschwere Mißgriffe der Verhandlung und Beurteilung. Das Recht des Verfassers, in dieser Frage mitzureden, gründet sich einfach auf seine bereits erwähnten langjährigen persönlichen Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft. Dieser Verkehr hat ihm nicht nur die im vorhergehenden Aufsatz geschilderten schweren Gefahren der bisherigen Klassenkampf-Taktik besonders vor Augen geführt, sondern ihm auch viele lehrreiche Eindrücke verschafft in Bezug auf die Beurteilung verschiedener Unternehmertypen durch die organisierte Arbeiterschaft. Was am schwersten verwundet und irritiert und was die Herzen am meisten gewinnt und den Trost bricht — das wird einem gerade in solchen persönlichen Beobachtungen im Kreise der Arbeiter selbst oft klarer, als wenn man in irgend einer offiziellen Stellung über den „Personal“ steht. Der Verfasser kann sich mit seinen Vorschlägen auch auf die übereinstimmenden Ansichten vieler erfahrener und denkender Unternehmer in England und in Amerika stützen — Ansichten, die er teils durch persönliche Ausreden, teils durch das Studium der betreffenden Literatur kennen lernte. Da nur wenige Betriebsleiter heute die Zeit finden, ihre eigene Erfahrung durch die Erfahrungen ihrer Kollegen in fortgeschrittenen Ländern zu korrigieren, so werden solche

Anregungen gemäß vom Standpunkt der moralischen Verantwortlichkeit, wie vom Standpunkt der technischen Betriebsleiterung gleich erwünscht sein.

Die Gesichtspunkte, die wir im folgenden aufstellen, scheiden sich in solche, die sich schon aus tiefer verstandenem technischen und wirtschaftlichem Interesse empfehlen und zunächst gar nicht von humanen Gesinnungen abhängig sind — und solche, die sich an ein entwickeltes Bewußtsein sozialer Verantwortlichkeit, an letzten Endes an eine religiöse Lebensanschauung wenden. Von ersterem Standpunkt aus beginnen wir am besten mit einem Hinweis Robert Owens, des britischen Philantropen (ein besonders warmherziger Menschenfreund) und Baumwollspinners in des ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er machte darauf aufmerksam, wieviel Sorgfalt man der loslosen Maschine zuwenden, um ihre ungehörte und reibungslose Funktion zu sichern, wie nachlässig und unwirtschaftlich man aber merkwürdigerweise mit der feinsten aller Kraftmaschinen, dem Menschen selber umgehe, wie man ihm nicht entzweit die gleiche Pflege zuwenden lasse, obgleich doch seine richtige Behandlung für die Produktivität des gesamten Arbeitsprozesses mindestens so wichtig sei, wie die Celung deräder und der Kolben. Und Macanlay (berühmter englischer Historiker) sprach in seiner berühmten Rede von dem Menschen als der „Maschine aller Maschinen“, im Vergleich zu der alle Erfindungen der Welt und Armstrong (der erste Watt) ist der Erfinder der Dampfmaschine, der letztere (Armstrong) der bedeutendste Vervollkommner der Baumwollspinnmaschine. (Ann. d. Med.) wertlos sind.

Man kann die Wichtigkeit der oben erwähnten Owenischen Mahnung besonders deutlich erkennen, wenn man die Konflikte studiert, welche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Einführung neuer, arbeitssparender Maschinen oder auch nur modernerer Verbesserungen ausgebrochen sind und noch ausbrechen. Wieviel Betriebsunterbrechungen sind hier nur dem beiderseitigen Mangel an Gerechtigkeitsgefühl entsprun-

gen, wieviel Widerwilligkeit auf Seiten der Arbeiter, nur der Unfähigkeit der Betriebsleiter und Ingenieure, den Kampf des Handarbeiters mit der Maschinentechnik pädagogisch richtig zu behandeln! Und wieviel Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung der Interessen stehen noch bevor, wenn die sogenannten Tarifgemeinschaften im Gewerbe eindringen, in denen beständig technische Verbesserungen aufzutreten! Es ist dringend nötig, diese Fragen auch einmal als ethische Probleme hinzustellen, weil sie sich sonst zu technischen Schwierigkeiten erstes Ranges auswachsen. Alle diese Fragen sind im Vergleich zu den eigentlichen technischen Problemen fast noch nirgends gründlich durchgedacht, obwohl ihre mangelnde Lösung oder gar Ignorierung manchem Unternehmer jährlich viele Tausende von Mark kostet, insofern von offenen oder scheinenden Revolten, die seinen Betrieb lähmen oder zum Stillstand bringen oder überhaupt die Solidität der Arbeit gefährden. In der amerikanischen Industrie ist in den letzten beiden Jahrzehnten das Verhältnis für jene „Innere Wirtschaft“ und ihre praktische Bedeutung, überhaupt für die psychologischen Probleme der sozialen Korporation in vorbildlicher Weise gemacht. Wer das amerikanische Leben kennt, der wird überhaupt wissen, daß die Amerikaner zwar durch und durch Praktiker sind, aber keine kurzfristigen Praktiker, sondern stets bereit, die praktische Bedeutung der sogenannten „Innere Wirtschaft“ (Einflüsse, deren Stärke sich nicht feststellen läßt) sehr hoch in Rechnung zu stellen. Von diesem Gesichtspunkte aus, nämlich der weitestgehenden Berücksichtigung geistiger Faktoren in der geschäftlichen Kalkulation, haben eine ganze Reihe großer industrieller Unternehmungen in Chicago und New-York seit einiger Zeit hochgebildete Frauen unter dem Titel „soziale Agentinnen“ angestellt. Diese Agentinnen haben nichts anderes zu tun, als zwischen dem Unternehmer und den Angestellten zu vermitteln und rechtzeitig Konflikte der Leute und die indem sie die eventuellen Ursachen dieser Beschwerden psychologischen und sozialen Befragen dieser Beschwerden

Art der Unterstüßungen	Der Buchbinder-Verband m. 80755 Mitgliedern	Unser Verband mit 1787 Mitgl.
	insgesamt 284857,88	insgesamt 16307,91
Lohnbeweg. u. Streik	45885,79	6808,15
Krankenerkrankung	80888,70	6801,96
Arbeitslosenunterst.	128728,72	2515,80
Wahrgelohnunterst.	28862,47	254,00
Sinterlieb.-Unterst.	3474,00	240,00
Umzugsunterstüßung	2867,50	388,00
	9,22	9,29

Diese kurze tabellarische Uebersicht zeigt deutlicher als alle weitläufigen Auseinandersetzungen, daß das einzelne Mitglied unseres Verbandes mindestens ebenso gut geschützt ist, wie im V.-B. Wie oft haben die Vertreter des V.-B. doch schon versucht, die Kollegenenschaft mit den großen Gesamtsummen zu täuschen! Ein Versprechen, das zum Zweck der Freiführung immer wieder angewandt wird, wenn es auch unehrlich ist.

Wesentlich hoch sind unsere Ausgaben für Unterstüßungen, sogar bemerkenswert findet die V.-Ztg. das Anmachen der Krankenerkrankung. Wir gehen noch weiter und sagen, es ist eine viel zu große Summe, die wir für Krankenerkrankung ausbezahlen müßten. Wenn das so weiter geht — wie soll das enden? An eine Herabsetzung der Leistungen denken wir nicht. Aber wenn unsere Mitglieder einmal darüber nachdenken wollten, wie das Verhältnis der Beiträge zu den Unterstüßungen im V.-B. und bei uns ist — dann werden sie uns recht geben müssen, wenn wir sagen, nichts ist mehr gerechtfertigt, als der Vorschlag, gelegentlich der nächstjährigen Generalversammlung eine bestimmte Beitragserhöhung vorzunehmen. Es wäre unverantwortlich, wenn man nur eines unserer Mitglieder in der Meinung bestärken wollte, daß es ein Vorrecht der christl.-organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sei, bei besonders niedrigen Beiträgen besonders hohe Unterstüßungen zu beziehen. In dieser Beziehung den gegnerischen Verbänden etwas voraus haben zu wollen, wäre nicht nur töricht, sondern sehr gefährlich. Gewiß, wir müssen uns schwieriger Verhältnisse anpassen. So allmählich kommen wir aber aus den Bindenscheiteln heraus. Diejenigen Leute, die sich nur am den Verband bekümmern, wenn sie etwas zu kriegen haben, müssen allmählich zu verschwindenden Minorität zusammenschumpfen. Dann werden wir uns noch leichter mit den Leuten messen können, die heute an uns herunterspitzen, als wären sie extra dazu Abrahams Wurstkeßel entronnen.

Run einige Bemerkungen über die hohen Verwaltungsausgaben. Warum sie prozentual höher sind, als die des V.-B., haben wir bereits gesagt. Auf das einzelne Mitglied gerechnet, betragen sie im V.-B. (mit Zeitungsbeiträgen) 6,71 Mk. in unserem Verband 7,60 Mk. Dabei muß man bedenken, daß die V. die Kosten für das Verbandsorgan bei uns prozentual viel höher sind, als im V.-B., weil die V.-Ztg. natürlich bei der größeren Auflage viel billiger hergestellt wird und an die großen Abnehmer viel billiger expediert werden kann. Daher kommt es auch, daß unser Organ z. B. für jedes Mitglied 2,88 Mk. kostet, obwohl es nur 14-tägig erscheint (allerdings allmonatlich mit der Sachbeilage), während die V.-Ztg. für das einzelne Mitglied nur 1,02 Mk. kostet, obwohl sie achtzigmal erscheint und zwar achtseitig. Zeitungen in kleinen Auflagen sind eben eine recht kostspielige Sache, und schon deshalb muß die Verbandszeitung gerade unseren Mitgliedern besonders „wertvoll“ sein. Wertvolle Sachen wirft man bekanntlich nicht in die Gasse, ohne sie zu befehlen — nur Blinde handeln so.

genau studieren und den Unternehmer darüber informieren, ihn vor Mißgriffen bewahren und andererseits auch wieder Bestimmungen und Mißverständnisse der Arbeiter durch persönlichen Verkehr gerätieren. Die Tätigkeit einer solchen Agentin geht noch weiter: Sie belehrt diejenigen, die sich einen eigenen Ausstand gründen wollen, über alles Notwendige und dessen Kosten, sie zeigt ihnen, wie es ohne Mehrausgabe möglich ist, das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden, und z. B. Tapeten von einem Muster zu wählen, das zum Teppich paßt usw. Der amerikanische Unternehmer hat solche Fürsorge für sehr profitabel, womit nicht gesagt sein soll, daß die Philantropie lediglich geschäftlichen Kalkulationen entspringt, wohl aber, daß ein weislicher Techniker niemals wägen wird, daß seine Ausgaben für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen und für die menschliche Erhebung seines „Menschenmaterials“ in Widerspruch zur Produktivität seines Unternehmens treten könnten. Wir haben hier also eine rein ethische Mission, die der amerikanische Unternehmer vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt genau so lagert, aber wie man bei den großen transatlantischen Dampfern eigene Angestellte oder Vorrichtungen braucht, um durch beständige Wasserfälle das Warmlaufen der Maschine zu verhindern. Diese technische Praktiker, die nicht den Weiblich der Amerikaner haben, übersehen eben, daß in das Reich der Technik auch die Menschen gehören, welche die Maschinen bedienen und daß die Ethik sozusagen als „Technik der Menschenbehandlung“ für die ungestörte Funktion des Arbeitsprozesses mindestens die gleiche Bedeutung hat, wie die Wissenschaft von der richtigen Behandlung des technischen Rohmaterials. Gerade der Ingenieur hat durch seine ganze Mittelstellung zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft die beste Möglichkeit, eine beratende Funktion auszuüben, wie die soziale Agentin in der amerikanischen Industrie es kann, das aber nur, wenn er nicht über dem Eisen, dem Holz und Stein das Wesen von Menschen, und über dem Studium von Metalllegierungen das Studium der menschlichen Wechselwirkungen verfaßt hat.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen, die auch nicht uninteressant sein dürften. Bekanntlich rühmt sich der V.-B., daß er eine so gemaltige Mitgliederzunahme habe. Schön, das verdient ihm kein Mensch. Wir schon gar nicht. Daß wir doch, daß sich dieser Zuwachs im wesentlichen auf die Hochburgen der Sozialdemokratie beschränkt, während es in der Provinz zu unserer Verdrückung wesentlich anders aussieht. Wie es in den roten Domanen gemacht wird, wenn ein Mitglied wird, wissen wir auch. Kein Mensch wird sich darüber wundern, wenn ein Kollege, der zum Unglück in eine sog. „total rote Pude“ kommt, auch mit den roten läuft, damit er seine Ruhe hat. Jeder ist nun einmal nicht Mann genug, um so gesund inmitten der Wölfe zu leben, wie Daniel in der Löwengrube. Zu unserer Freude gibt es auch solche. Die allermeisten Kollegen — und besonders die Kolleginnen — sind aber anderer Natur. Leider! Lassen wir nun die Zahlen reden. Gau 1 (mit Berlin) Zunahme 1065, Gau 2 Zunahme 4, Gau 3 Zunahme 10, Gau 4 Zunahme 62, Gau 5 Abnahme 25, Gau 6/7 Zunahme 36, Gau 8 Abnahme 220, Gau 9 Zunahme 156, Gau 10 Zunahme 41, Gau 11 Zunahme 88, Gau 12 (Sachsen) Zunahme 901, Gau 13 Abnahme 18, Gau 14/15 Zunahme 120, Gau 16 Abnahme 56, Gau 17 Abnahme 89.

Mit besonderer Verdrückung konstatieren wir, daß im Bereich einzelner Gaue, wo der V.-B. abgenommen hat, dies zu unseren Gunsten geschah. Ganz anders würde sich das Blatt aber noch wenden, wenn unsere Mitglieder überall Aufklärung verbreiten würden über den „neutralen“ Verband, der sich je länger je mehr zum Hausnecht der Sozialdemokratie erniedrigt. Damit vergrößert sich die Kluft, die alle christlich und national gesinnten Kollegen und Kolleginnen von der Partei des Klassenkampfes trennt, immer mehr. Diese reinliche Scheidung der Geister begrüßen wir, und mit neuem Eifer wollen wir werben für die christliche Arbeiterbewegung.

Also doch — Blödsinn!

Die Buchb.-Ztg. Nr. 38 schreibt unter dem schauerlichen Titel: „Also doch Zentrumsgewerkschaften“ folgendes:

„Bekanntlich leugnen die christlichen Gewerkschaftsführer wie auch die Zentrumspresse ständig, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften seien. Zu dem Gewerkschaftsfreitag im katholischen Lager gab nun das Oberrheinische Zentrumsgewerkschaftsorgan, die „Volkzeitung“, einer Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Raum, in der es unter anderem wörtlich heißt:

„Zunächst ist das Zentrum und die von ihm ins Leben gerufene und geförderte christliche Gewerkschaftsbewegung durch die bekannten päpstlichen Rundgebungen in Mitleidenschaft gezogen. Wie tief dieser Eingriff in die Lebensbedingungen der Zentrumsgewerkschaften empfunden wird ...“

Diese Auslassungen gibt die „Volkzeitung“ ohne Kommentar wieder. Sie bestätigt damit die Auffassung des Regierungsbüros über den Charakter der christlichen Gewerkschaften.“

Die vom Zentrum ins Leben gerufene und geförderte christliche Gewerkschaftsbewegung heißt es demnach in einer Auslassung der N. N. Ztg. Man kann es verstehen, wenn ein Blatt, das die christlichen Gewerkschaften kennt, auf eine solche haltlose Charakterisierung gar keine Antwort mehr gibt. Die Tatsache, daß von Anfang an Anhänger verschiedener Parteien — und zwar Arbeiter — die Idee der christlichen Gewerkschaften auch gegen solche Leute verteidigen mußten, die dieselben an die Kopfstöcke einer Partei hängen wollten, existiert einfach für gewisse verbobnte Gegner der christlichen Gewerkschaften nicht. Und doch ist es wahr, daß von Anfang an katholische und evangelische Kollegen — verschiedenen Parteien angehörend — gemeinsam für die interkonfessionelle und politisch neutrale christliche Gewerkschaft eingetreten sind. Heute sind es Tausende, die den christlichen Gewerkschaften angehören und nicht dem Zentrum. Und darüber ärgert sich ja gerade die rote Presse am meisten, und darum versucht sie mit den schäbigsten Mitteln aus dem L ein X zu machen. Wie dann gar die Logik der N. N. Ztg. aussieht! Wir meinen, wenn im Sinne der „Berliner“ verfahren würde, dann hätten eben alle Organisationen mit interkonfessionellem Charakter dies als „einen Eingriff in ihre Lebensbedingungen“ empfinden müssen.

Sind etwa die liberalen und konservativen Parteien, ja alle Parteien nicht auch interkonfessionelle Organisationen. Eine einzige Ausnahme bilden vielleicht in gewisser Hinsicht die Antisemiten, die wahrscheinlich keinen Juden in ihren Reihen dulden, er müßte denn — Antisemit sein. Alle anderen Parteien aber zählen Protestanten und Katholiken und Juden zu ihren Anhängern — die Sozialdemokratie ist also, theoretisch betrachtet, auch interkonfessionell.

Daß die Sozialdemokratie und viele andere Parteien es kaum als einen Vorstoß gegen ihre interkonfessionalität empfunden haben, als die „Berliner“ die Forderung erhoben, die Katholiken müssen sich konfessionell absondern — das mag seinen Grund darin haben, weil die positiv-gläubigen Katholiken gemeint nur in der Zentrumspartei und in den christlichen Gewerkschaften politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Die V.-Ztg. hat aber auch schon mit den Katholiken gepöbelt, die sozialdemokratisch (politisch und gewerkschaftlich) organisiert seien. Logisch gedacht, müßte also die V.-Ztg. das „Zunächst“ des Regierungsgewerkschafts so auffassen, daß dann aber auch noch an andere interkonfessionelle Organisationen durch die bekannten päpstlichen Rundgebungen getroffen würden. Die konservativen, nationalliberalen, freisinnigen, christlich-sozialen Organisationen sind auch interkonfessionell. Ebenso wie das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften. Ein Unterschied ist nur darin, daß eine Partei zum größten Teil, positiv-evangelische, die andere positiv-katholische, die dritte mehr oder weniger davon abweichende Grund-

sätze vertritt. Wie schön sich aber gerade in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften die Anhänger der verschiedenen Parteiprogramme zusammenfinden, das haben wir noch in Nummer 18 unseres Organs mit Auslassungen der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volkstimme“ illustrieren können. Wir sehen diese charakteristischen Zeilen noch einmal hierher, damit die verbobnten Kanakler in der Redaktion der V.-Ztg. endlich einsehen, wie lächerlich sie sich machen, wenn sie immer wieder das Märchen von den Zentrumsgewerkschaften erzählen.

Die „Chemnitzer Volkstimme“ vertündete am 26. Dezember 1911:

„Nun, daß die Hirsch-Dunderschen eine Schutztruppe der Freisinnigen, die Christlichen die der Nationalliberalen bilden, das weiß das Blatt so gut wie wir, es hätte auch gegen die Politik der „freien“ Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie national-liberal gerichtet wäre.“

„Chemnitzer Volkstimme“ vom 7. Juli 1912:

„Dem Kirchengewerkschaften dienen aber in Deutschland auch noch Nebenorganisationen: die Zentrumspartei zu seiner Stütze im politischen Leben, die „christlichen“ Gewerkschaften, um die katholischen Arbeiter für den päpstlichen Dreckbann zu drillen.“

„Chemnitzer Volkstimme“ vom 28. Juli 1912:

„Neuerdings wird die Abhängigkeit der Christlichen von den Konservativen wieder durch einen Aufruf zur Gründung eines Sekretariates in Leipzig bekräftigt.“

Also zuerst nationalliberal, dann im päpstlichen Heer, dann konservativ. Zur Vervollständigung dieser Liste sei noch angeführt, was die sozialdemokratische Düsseldorfener Volkzeitung am 21. Sept. 1911 schrieb:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antisemitische Arbeitervereine gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Je nach dem augenblicklichen Agitationsbedürfnis der sozialdemokratischen Presse werden die christlichen Gewerkschaften schwarz, blau, rot, violett oder gelb angezeichnet.

Berechre Buchbinder-Zeitung, was gibt es darauf zu erwidern? Uebrigens: Wann hat die N. N. Ztg. ein solch verkehrtes Urteil abgegeben?

Gewerkschaftliches.

Ein Vorstoß gegen tarifliches Recht.

Die „Solidarität“, das Blatt der roten Buchdrucker-Druckarbeiter-Organisation brachte in ihrer Nummer 35 eine, wie es in der Entschcheidung des Disziplinar-Schiedsgerichts München vom 13. Sept. heißt, „in Form und Inhalt gefäßige Kritik“ über Zustände in der Buchdruckerei von A. Feller in München. Die „Solidarität“ hatte sich gegen den Faktor Waldemaier gewandt, der, nach der Charakterisierung der „Solidarität“ zu schließen, (die vom Schiedsgericht bestätigt wurde), ein recht merkwürdiger „Vorgesetzter“ ist. Daneben hatte sie aber auch den Sohn des Inhabers, den Herrn Dr. Feller angegriffen, wegen dessen Stellungnahme zu den Disziplinararbeiten in seiner Dissertation. So ist es gekommen, daß die „Solidarität“ bei der Kritik der Personen zugleich über solche Dinge kritisierte, die der Regelung durch die Tarifinstanzen unterliegen.

Zum Protokoll der Tarif-Schiedsgerichts-Sitzung, die über diesen Gegenstand verhandelte, heißt es u. a.: „Das Schiedsgericht hatte die Fragen zu prüfen, ob die gegen die Firma Feller eingebrachten Klagen derartige seien, daß sie nicht auf dem einfachen Beschwerdewege durch den Arbeitsauschuss, resp. die Vertrauensleute hätten abgeklärt werden können und ob das Eingreifen der „Solidarität“, insbesondere auch die Art und Form des dort gebrachten Artikels durch die besonderen Umstände gerechtfertigt erscheinen. Diese Fragen wurden vom Schiedsgericht einstimmig darüber, daß sich die Klagen des Personal auf dem Beschwerdewege hätten beseitigen lassen. Jedenfalls hätte der Versuch dazu gemacht werden und bei negativem Erfolg erst die Hilfe der Tarifinstanzen angereufen werden müssen, bevor eine in Form und Inhalt gefäßige Kritik der bestehenden Verhältnisse in die Öffentlichkeit gerandt wurde. Hätte sich die Kritik lediglich gegen die von Herrn Dr. Feller in seiner Dissertation gebrachten Auslassungen gerichtet, so wäre dies eine Angelegenheit für sich, die mit den Tarifinstanzen nichts zu tun hat. Wer vom wissenschaftlichen Standpunkt das Recht der freien Forschung verlangt, muß auch der freien Kritik ihr Recht lassen. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, daß diese Kritik mit tariflichen Dingen vermischt und dem Eingreifen der berufenen Instanzen entzogen wird, wie dies im vorliegenden Falle geschah. Wenn jede in irgend einem Betriebe vorkommende Beschwerde auf solche Weise zum Austrag gebracht würde, wäre das tarifliche Recht den Prinzipalen gegenüber ausgeschaltet und der Instanzenweg illusorisch. Das Schiedsgericht stellt sich daher auf den Standpunkt, daß ein Vorstoß gegen ein tarifliches Recht vorliegt, der keine Wiederholung finden darf. Das Schiedsgericht bedauert ferner, daß der Vorgang geeignet ist, die Tariffrage, speziell den Disziplinar-Arbeitervertrag, in Mißacht zu bringen.“

Für die Vertreter der roten Druckarbeiterorganisation im Münchener Schiedsgericht mag es nicht gerade angenehm gewesen sein, diese sehr richtigen Ausführungen zu unterzeichnen, die dem eigenen Verbandsorgan zu Gemüte führen, daß es eine große Dummheit gemacht hat.

Neu.

Anlässlich seines Namensfestes hat der Herr Generaldirektor der „Pädagogischen Stiftung Cassanum“ in Donaueschingen, Herr Ludwig Auer, folgende Bestimmung

getroffen: Arbeiter, die 4 Jahre im Betriebe sind, erhalten 8 Tage, solche die 10 Jahre im Betrieb sind 14 Tage Urlaub. Arbeiterinnen, die 5 Jahre im Betrieb sind, erhalten 8, solche die 11 Jahre im Betrieb sind, 14 Tage Urlaub.

Unsere Kollegen und Kolleginnen bei der Firma Auer in Donaueschingen wissen diese Anordnung sehr zu schätzen und würden sich freuen, wenn auch anderwärts ähnliche Rahmenabträge herausgegeben würden. Wir schließen uns diesem Wunsche an.

Rundschau.

Für den achten Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der bekanntlich für den 6. Oktober und die folgenden Tage nach Dresden einberufen ist, ist die Tagesordnung nunmehr endgültig festgelegt: 1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes; Generalsekretär Stegerwald, Köln. 2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften a) zu den politischen und geistlichen Kämpfen der Gegenwart; Generalsekretär Stegerwald, Köln; b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik; Redakteur Joos, R. Gladbach. 3. Staatsangehörige und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung; Verbandssekretär Gutsche, Eberfeld. 4. Stellung und Aufgaben der Bezugs- und Ersatzstelle in den christlichen Gewerkschaften; Gesamtverbandssekretär Beltrusch, Köln. 5. Das Arbeitsrecht; Referent Dr. R. Gladbach und Reichstagsabgeordneter Becker, Arnshagen. 6. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis; Gesamtverbandssekretär Bergmann, Köln. 7. Das Schieds- und Einigungsweesen; Staatsminister Hr. Freiherr von Helldorf und Verbandsvorsitzender Kurtzsch, Köln. Der Kongress wird am Sonntag, den 6. Oktober mit einer Begrüßungsversammlung im großen Saale des Zoologischen Gartens eingeleitet, wo dann vom Montag (7. Oktober) an auch die weiteren Beratungen stattfinden werden.

Zweifelhafte Bildungsergebnisse.

Die Sozialdemokratie wird nicht müde, ihre Volkswirtschaftslehre und Aufklärungsarbeit zu rühmen. Welche Partei hat dem etwas gleichwertiges an die Seite zu setzen? Inwieweit es noch möglich aus der sozialdemokratischen Presse im Anschluß an eine Debatte im bayerischen Landtag über Schuldbücherei. Nun ist aber schon häufig die Tatsache festzustellen worden, daß durch die sozialdemokratischen Volksbibliotheken sehr viel elender Schund Verbreitung findet. Ferner ist es Tatsache, daß gerade der schlimmste Schund am meisten gelesen wird. Der Verwalter der sozialdemokratischen Bibliothek in Leipzig, ein Genosse Henning, hat in einer Schrift: „Zehn Jahre Bibliotheksarbeit“ sehr interessante Angaben darüber gemacht, welche geistige Nahrung in der Sozialdemokratie bevorzugt wird:

„Welchen wurden Tolstoj Romane 77 - 102 mal; Begehrin: Jena und Sedan 160 mal; Hauptmann: Pariser Abenteuer 103 mal. Die meist gelesenen „Geschichtswerke“ sind: Corbin: Der Pfaffenpiegel 175 mal; Mos: Geschichte der französischen Revolution 181 mal; Getrönte Häupter 128 mal; Fischer: Probenächte deutscher Bauernmädchen 106 mal; Cossenbach: Freimaurerei 80 mal; König: Ausgeburt des Menschenwahns 75 mal; Cossenbach: Die h. Inquisition 65 mal; König: Schwarze Kabinette 61 mal; Ingram: Geschichte der Sklaverei 52 mal; Fuchs: Geschichte der Karikatur der europäischen Völker 51 mal; Draß: Berliner Barrikaden 47 mal.“

Der größte Teil dieser Bücher sind tendenziöse, ekelhafte Schmutzwerte. Wer das Volk aber bilden will, darf nicht darauf sehen, daß es liest, sondern was es liest. Von diesem Gesichtspunkt aus schreibt das Vorkriegsblatt für den deutschen Buchhandel (Nr. 193, 1912) zu vorstehendem Ergebnis sozialdemokratischer Bibliotheksarbeit:

„Ob nach dieser Liste die sozialdemokratische Partei allerdings noch Ursache hat, wie bisher ihrer Volkswirtschafts- und Aufklärungsarbeit sich zu rühmen, wird man mit einigem Recht bezweifeln dürfen.“

Dieses Urteil muß noch verstärkt werden, wenn man ergänzend erwähnt, daß der Vorwärtsverlag eines der schmutzigsten Tendenzwerke herausgibt und mit großer Hellene verbreitet, nämlich Solonow's: „Wider die Pfaffenherrschaft“, das selbst von der sozialdemokratischen „Münchener Post“ (Nr. 149, 1904) als literarisch wertlos, sittlich „empörendes, unabweisendes“ Machwerk preisgegeben wurde. Für dieses Subelwerk aber hatte der Vorwärtsverlag laut Prospekt schon Ende vergangenen Jahres 400 000 (vierhunderttausend) Mark aus den Taschen des Volkes heraus gezogen. Das nennt sich dann „Volkswirtschaft“ und „Kulturarbeit“!

Der Ausbau des Schieds- und Einigungsweesens.

Ist für eine möglichst ungehinderte Entwicklung von Industrie, Handel und Gewerbe eine dringende Notwendigkeit. Die wirtschaftlichen Interessengegenstände erzeugen immer wieder Differenzen, die größtenteils friedlich beigelegt werden, wenn die geeigneten und berufenen Organe zum Vermitteln und Verhandeln da wären. Bisher hat es aber in dieser Beziehung noch sehr gemangelt. Für die meisten Berufsgruppen, insbesondere in der Großindustrie, sind Schieds- und Einigungsinstanzen überhaupt nicht vorhanden, hier müssen beim Ausbruch von Differenzen immer erst mühsam Anknüpfungspunkte gesucht werden, oft - und gerade bei den größten Kämpfen ohne Erfolg. In den Gewerben mit Tarifverträgen hat sich mit der Umgestaltung und Neubildung des Arbeitsvertragesverhältnisses auch ein Schieds- und Einigungsweesen herausgebildet, das jedoch der Verwirklichung noch dringend bedarf. Dem Ganzen fehlt eine sichere gesetzliche Unterlage und der einheitliche Zug, es fehlt vielfach die Garantie der Unparteilichkeit und das Vertrauen aller Beteiligten wie der öffentlichen Meinung.

Die vorhandenen Mängel zu beseitigen und die bestehenden Lücken auszufüllen, liegt im dringendsten

Interesse der Allgemeinheit. Daher sind sich die führenden Kreise auf sozialpolitischem Gebiet seit Jahren in der Forderung einig, daß unser gewerbliches Schieds- und Einigungsweesen einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Erfordert werden diese Reformen durch Klassenkämpferischen Kapitalismus, sowohl auf der rechten Seite der Schachtmacher wie auf der linken Seite der Sozialdemokratie. Als im vorigen Jahre die Bestimmungen angelegener Sozialpolizei, das Einigungsweesen den heutigen Bedürfnissen entsprechend auszubauen und damit dem nationalen Wirtschaftsleben die größten Ersparnisse zu ersparen, in steigendem Maße die Sympathie der Öffentlichkeit fanden, da schürte die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ sogar noch das Feuer mit der schroffen Abfrage: „Dann lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitsämter, als sie uns bisher schon beschieden war.“ Dieser Ausruf, der die „Friedensliebe“ gewisser Unternehmerkreise dräulich beleuchtet, findet ein Echo auf der äußersten Linken, bei der radikalsten Sozialdemokratie, der die Bewegung, d. h. der Klassenkampf alles, der gewerbliche Friede aber sehr gleichgültig oder vielmehr höchst unangenehm ist.

Auf einem anderen Standpunkt stehen die christlichen Gewerkschaften. Sie erziehen den gerechten Ausgleich der wirtschaftlichen Gegenstände, wollen den gewerblichen Frieden. Deshalb treten sie auch in gleicher Front mit allen ernstzunehmenden Sozialpolitikern für den Ausbau und die gesetzliche Regelung des Schieds- und Einigungsweesens ein. Für den bevorstehenden achten Kongress der christlichen Gewerkschaften (6. Oktober und folgende Tage in Dresden) ist die Frage als besonderer Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt: Berichterstatter sind die Herren Staatsminister Erzengel, Hr. von Helldorf und Verbandsvorsitzender Kurtzsch-Köln. In der Behandlung des Themas werden sich somit Theorie und freimännliche Einsicht mit praktischer Erfahrung paaren. Die Stellungnahme der über 360 000 Mitglieder zählenden christlichen Gewerkschaften wird für die Lösung der vorliegenden Frage von wesentlicher Bedeutung sein.

Uniformierte Genossen.

Im Festzug eines sozialdemokratischen Züngerleins in Dessau marschierten zum Erläutern der Judikatur auch Personen in Postbeamten- und Eisenbahneruniform. Bei näherem Zusehen ergab sich jedoch, daß man es nicht mit Angehörigen des Post- oder Eisenbahndienstes zu tun hatte, sondern mit roten Arbeitern, die sich in Uniform geworben hatten, um dem Festzug ein besonderes Relief zu geben und die Sozialdemokratie zu popularisieren. Denn die große Masse der billigen Denker mußte sich doch sagen, daß die internationale Sozialdemokratie gar nicht so schlimm sein könne, wenn sogar staatliche Post- und Eisenbahnbeamte frei und offen in öffentlichen roten Demonstrationen mitmarschieren. In Dessau ist der kalte Wind indes vorbeigezogen. Die Polizei nahm sich der uniformierten Genossen an, die durch richterlichen Strafbescheid zu je 15 M. Geldstrafe bezw. zu drei Tagen Haft verurteilt wurden. Eine verhältnismäßig gelinde Sühne für den raffiniert ausgeführten Agitationsstreich!

Immer wieder Terrorismus.

Der Gewerkschaftsbeamte Krieze des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes wurde vom Schöffengericht in Königsberg am 31. August zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, weil er durch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung seiner Genossen die Entlassung christlich-organisierter Arbeiter erzwungen hatte. - Am 20. August wurden, ebenfalls in Königsberg, die sozialdemokratischen Maurer Schulz zu 8 Tagen Gefängnis und dessen Genossen Eder und Wegener zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie einen christlich-organisierten Mitarbeiter terrorisiert hätten. - Am nämlichen Tage fand eine Verurteilung der sozialdemokratisch organisierten Maurer Schulz und Berner vor der Königsberger Strafkammer zur Verhandlung. Auf Veranlassung der beiden war der christlich organisierte Maurer Graumann am 22. April d. J. entlassen worden. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde Schulz mit 1 Monat und Berner mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Die Verurteilung der beiden Angeklagten wurde von der Strafkammer beseitigt. Zu je acht Tagen Gefängnis wurden zwei Tagelöhner aus Bad Reichenhall vom dortigen Schöffengericht verurteilt, weil sie die Entlassung eines christlich organisierten Arbeiters beim Bau einer Halle erzwungen hatten mit der Drohung, es würden 25 organisierte Arbeiter in den Streik treten, wenn der christliche Arbeiter nicht entlassen würde.

Solange die sozialdemokratischen Vergewaltigungen nicht aufhören, bleibt eben nichts anderes übrig, als daß die Gerichte mit aller zulässigen Schärfe gegen die roten Terroristen vorgehen.

Aus den Zahlstellen.

Breisach. In letzter Zeit herrscht reges Leben in unserer Zahlstelle, gilt es doch, die begonnene Lohnbewegung mit Erfolg durchzuführen. In der am Samstag stattgefundenen Versammlung sprach R. Birk aus Freiburg über unsere Forderungen, welche wir im Juli eingereicht haben und von seiten des Arbeitgebers, durch ein Verprechen beim Arbeiterausschuß hinaus geschoben wurde. Redner gab ein anschauliches Bild über den Werdegang der Bewegung und brachte zum Ausdruck, daß wir jetzt gezwungen sind, mit Nachdruck die Bewegung zur Durchführung zu bringen. Die Firma verlangt auch alles mögliche und unmögliche von ihren Arbeitern, deshalb dürfen wir auch bei der teuren Lebenshaltung ein paar Fennig mehr Lohn fordern. R. Birk bittet die Kollegen, fest und treu zusammenzuhalten, um den Kampf, der nun am letzten Donnerstag begonnen hat, zum Siege zu führen. Ueber den weiteren Gang der Bewegung werden wir das nächste mal berichten.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Kugiburg.** Jeden 2. Samstag im Monat im Gemerkschaftslokal „Schlügenhalle“ Wintergasse 12.
- Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Metz. Wilms, Ludwigstr. 81 in Oberfeld und im Metz. Vogel, Rößigerstr. 16 in Barmen.
- Berlin.** Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Peulert, Rössigerstr. 62.
- Bielefeld.** Jeden 1. Mittwoch im Monat im Christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
- Bonn.** Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant Abnig, Bonnstraße 4.
- Dreißhöfeler.** Am Sonntag, den 29. 9. im Lokale Erz. 5 1/2 Uhr. (Siehe Inserat!)
- Donaueschingen.** Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum Hasen“ (Karl Köhner.)
- Düren.** Jeden 2. Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung bei R. Klittenberg.
- Düsseldorf.** Nächste Versammlung 6. Oktober. Erscheinen ist Ehrenpflicht.
- Essen.** Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Wosen, Alfreidplatz.
- Freiburg.** Samstag, den 6. Oktober im Vertikalkafee Brauerei Gaunter, Schiffstr.
- Freising.** Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im Christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.
- Kempten.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
- Köln.** Samstag, den 28. Sept. im Verbandslokal Dreied, Krefeldgasse, mit Vortrag des neuen Parteisekretärs. Kollegen und Kolleginnen, erscheint vollständig!
- Koblenz.** Montag, 30. September, abends 7 Uhr bei Fischer. Unorganisierte willkommen.
- Münster.** Jeden 28. Sept. bei Stegmann, Clemensstr. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht.
- München.** Samstag, den 5. Oktober im Wiesmayergarten Schillerstr. 16.
- R. Gladbach.** Jeden ersten Samstag im Monat bei Paul Lambert (früher Wilsbede) Steppengstraße, Ede Wilhelmstr.
- Sachsenhausen.** Jeden 2. Montag im Monat im Biushaufe.
- Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jalousienstraße.
- Stuttgart.** Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christophstr. 11 p.
- Würzburg.** Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Handgasse.

Inserm lieben Kollegen
Franz Heyermann
 und seiner lieben Braut Herzliche Glückwünsche zur Vermählung.
 Zahlstelle Köln.

Nach fast zweijährigem Leiden verschied am
 11. September unser lieber Freund und Kollege
Jakob Schanigel.
 Als Begründer unserer Zahlstelle, sowie als Kassierer und auch als nimmermüdes, treues Mitglied wird ihm die Zahlstelle ein dauerndes Andenken bewahren.
 Er ruhe im Frieden!
 Die Zahlstelle Augsburg.

Papierarbeiter-Versammlung.
 Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle **Waldmühle-Dreißhöfeler** werden hiermit freundlich und dringend gebeten, zu der am
Samstag, den 20. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokale Erz in Dreißhöfeler
 stattfindenden
Versammlung
 zu erscheinen.
 Vortragsthema:
Der Regen der gewerkschaftlichen Arbeit.
 Kollegen und Kolleginnen! Bringt die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen mit in die Versammlung. Sorgt für einen Massenbesuch.
 Der Vorstand, J. Weisenberg.
 Verantwortlich: H. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.
 Köln-Chrenfelder Handelsdrucker, Klarstr. 9.